

Pulsnitzer Tageblatt

Verleger: 18. Tel.-Nr.: Tageblatt Pulsnitz
Postfach-Konto Dresden 2188. Giro-Konto 146

Wochenblatt Bank-Konten: Pulsnitzer Bank, Pulsnitz und
Commerz- und Privat-Bank, Zweigstelle Pulsnitz

Ersteinst an jedem Werktag
Im Falle höherer Gewalt — Krieg, Streit oder sonstiger irgend welcher Störung des Betriebes der Zeitung oder der Beförderungsrichtungen — hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. — Wöchentlich 0.65 RM bei freier Zustellung; bei Abholung wöchentlich 0.55 RM; durch die Post monatlich 2.60 RM freibleibend



Anzeigen-Grundzahlen in RM: Die 42 mm breite Beizeile (Moffe's Zeilenmesser 14) RM 0.25, in der Amtshauptmannschaft Kamenz RM 0.20. Amtliche Zeile RM 0.75 und RM 0.60. Reklame RM 0.60. Tabellarischer Satz 50 % Aufschlag. — Bei zwangsweiser Einziehung der Anzeigengebühren durch Klage oder in Konkursfällen gelangt der volle Rechnungsbetrag unter Wegfall von Preisnachlass in Anrechnung. Bis 1/10 Uhr vormittags eingehende Anzeigen finden am gleichen Tage Aufnahme

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Kamenz, des Amtsgerichts und des Stadtrates zu Pulsnitz sowie der Gemeinderäte Großnaundorf und Weißbach

Hauptblatt und älteste Zeitung in den Ortshäusern des Pulsnitzer Amtsgerichtsbezirks: Pulsnitz, Pulsnitz N. E., Großnaundorf, Bretznitz, Hauswalbe, Ohorn, Obersteina, Niedersteina, Weißbach, Ober- und Niederlichtenau, Friedersdorf, Thiemendorf, Mittelbach, Großnaundorf, Lichtenberg, Klein-Dittmannsdorf
Geschäftsstelle: Pulsnitz, Albertstraße Nr. 2
Druck und Verlag von E. L. Försters Erben (Inh. J. W. Mohr)
Schriftleiter: J. W. Mohr in Pulsnitz

Nummer 55

Sonnabend, den 6. März 1926

78. Jahrgang

Pulsnitzer Bank

e. G. m. b. H.

Pulsnitz und Ohorn

Wir verzinsen

Bareinlagen

zu günstigen Sätzen

Ausführung sämtlicher Bankgeschäfte zu kulantesten Bedingungen. — Sachgemäße Beratung kostenfrei

Commerz- und Privat-Bank

Aktiengesellschaft

Zweigstelle Pulsnitz

Das Wichtigste

Das Reichskabinett ist gestern nachmittag vor der Abreise der deutschen Delegation nach Genf gegen 5 Uhr zusammengetreten, um noch einmal die mit der Genfer Tagung in Zusammenhang stehenden Fragen zu erörtern.

In ganz Deutschland ist ein Bitterungsumschlag eingetreten, der starke Stürme und Schneefälle zur Folge hatte. Die Rechtsparteien lassen offizielle Kundgebungen gegen eine Beteiligung an dem Volksbegehren in der Frage der Fürstenabfindung ergehen.

Die Morgenblätter melden aus Paris: Wie Havas aus Genf berichtet, soll die Absicht bestehen, den Vorsitz der Völkerbundstagung dem portugiesischen Delegierten Alfonso Costa zu übertragen.

Die Morgenblätter melden aus Konstantinopel: Zur Förderung des Deutschtums in der Türkei soll vom 1. April d. J. ab in Konstantinopel eine deutsche Tageszeitung erscheinen, deren Gründung bereits von einem deutschen Ausschuss in Konstantinopel mit Unterstützung der amtlichen deutschen Stellen in die Wege geleitet ist.

Nach einer Zusammenstellung der Finanzzeitschrift „Die Bank“ ist im Februar die Zahl der Konkurse von 2104 im Januar auf 2016 zurückgegangen. Die Geschäftsaufsichten stiegen von 1573 auf 1580.

Polnische Wirtschaft.

Von Kurt Brinkmann.

Aus der Feder unseres wirtschaftlichen Mitarbeiters geben wir im folgenden einen sehr beachtenswerten Artikel über das Wirtschaftsleben im neuen „Großstaat“ Polen.

Das Versailler Friedensdiktat gebor ja auch das verhängnisvollste Verhängnis für die Entente — Polen. Um sich ein Bild von der wirtschaftlichen Lage dieses Landes machen zu können, ist es nötig, sich dieses ins Gedächtnis zurückzurufen. Russland gab dazu Kongresspolen mit 16 000 000 Seelen, für Russland war es im Frieden ein Hauptstütz seiner Industrie, das 1913 Erzeugnisse von über 710 Millionen Rubel, gleich 1 1/2 Milliarden Mark, herstellte, auch die Landwirtschaft schaffte Werte, 1913 von 410 Millionen Rubel. Oesterreich gab Galizien mit acht Millionen Seelen, das unter Oesterreichs milder Hand sich zu blühendem Wohlstand entwickelt, und mit seinen reichen Getreidefeldern, besonders aber mit seinem Erdböden gerade kurz vor dem Kriege in eine Hochkonjunktur trat, die Galizien zu einer wahren Goldgrube zu machen schienen. Deutschland mußte Posen, Pommerellen abtreten, die Muster einer landwirtschaftlichen Hochkultur. So schien Polen eins der reichsten Länder zu werden, ein Agrarland mit zum Teil hochentwickelter Landwirtschaft, immensen Wäldern, mit einer enormen Ausbeute an Nutzholz, eine bodenständige Industrie mit einem großen inneren Markt und guten Absatzgebieten nach Osten und Südosten, reichen Bodenschätzen an Kohlen, Zink, Erzen, Salzen und Erdöl. Ein Land, das sich selbst genützte, und unabhängig vom Auslande — abgesehen von Baumwolle — dastehen konnte. Aber der Pole müßte nicht Pole sein. Es fehlt dem Polen ein nüchternes Denken, ruhige, sachliche Ueberlegung, zähe Energie und eiserner Arbeitswille. Schon vorher waren daher die großen Unternehmungen in Händen von Deutschen, Juden und Ausländern. Der rasche Erfolg seines Zusammenstoßes raubte ihm die Besinnung. Sein Machtbunker stieg ungeheuer, sein imperialistischer Ausdehnungsdrang, seine riesigen militärischen Rüstungen, seine Mißwirtschaft und seine Korruption, die fast beispiellos ist, dazu seine zügellose staatliche Finanzwirtschaft mußten zu

Eine Vorkonferenz der Locarnomächte

Hochpolitische Konferenzen in Paris — Auch die direkten Steuern sollen herabgesetzt werden
Die Wirtschaft zu den Steuermildnerungen — Otto Ernst — Hindenburg Ehrenpräsident
des Roten Kreuzes — Schweres Explosionsunglück in Prag; 92 Tote

Auf Vorschlag Deutschlands

London. In seiner Unterhausrede erwähnte Chamberlain u. a., auch eine Unterredung mit dem deutschen Botschafter gehabt zu haben.

Der deutsche Botschafter habe im Auftrage seiner Regierung den Vorschlag gemacht, daß vor der Völkerbundversammlung eine Besprechung zwischen den an der Locarno-Konferenz beteiligten Mächten stattfinden solle, und gefragt, ob er, Chamberlain, einem solchen Vorschlage zustimme. Darauf habe er geantwortet, daß er einen solchen Vorschlag mit Vergnügen annehme, weil er es für sehr wichtig und wünschenswert halte, daß vor den Völkerbundratsverhandlungen die Unterzeichner des Locarnovertrages zu einem freien Meinungsaustausch zusammenkämen. Er habe diesen Wunsch allerdings schon vor vierzehn Tagen Deutschland und den übrigen Locarnomächten gegenüber zum Ausdruck gebracht.

Chamberlains Erklärungen über die Vorbereitungen. — Eine amtliche englische Richtigerstellung.

Berlin, 6. März. Zu der Erklärung Chamberlains im Unterhaus über den Besuch des deutschen Botschafters am Donnerstag wird, wie die Morgenblätter melden, von der englischen Regierung folgende Klarstellung veröffentlicht: Deutscherseits ist keine Note an England gerichtet worden, in der eine zwanglose Zusammenkunft am Sonntag in Genf vorgeschlagen wird. Jedoch hat auf Veranlassung Dr. Stresemanns der deutsche Botschafter über die Unterredung Erklärungen abgegeben, die in Genf vor der Sitzung der Völkerbundversammlung und des Rates abgehalten werden soll. Er hat gefragt, ob für diese Aussprache der Vormittag oder der Nachmittag gelegen ist. Es wird darauf hingewiesen, daß die Stellungnahme Deutschlands völlig klar gestellt worden ist, nämlich, daß Deutschland nicht in der Lage ist, in irgend einem der in der Hamburger Kanzlerrede aufgestellten Gesichtspunkte Konzessionen zu machen. Deutschland wendet sich nach wie vor gegen eine Vermehrung des Völkerbundrates, ehe Deutschland selbst Mitglied ist und es erscheint äußerst problematisch, ob selbst dann das deutsche Mitglied des Völkerbundrates in der Lage sein wird, sich an der Diskussion über eine geplante Vermehrung des Rates zu beteiligen oder die mit der Vertretung Deutschlands in Genf im kommenden Herbst beauftragten Delegierten irgendwie zu binden.

Hochpolitische Konferenzen in Paris.

Paris. Der deutsche Botschafter in Paris, v. Hoersch, hatte mit Briand eine Unterredung, in der Fragen erörtert wurden, die mit dem Verlaufe der bevorstehenden Tagung des Völkerbundes in Verbindung stehen. Von französischer Seite verlautet ergänzend, daß der deutsche Botschafter erneut die Auffassung der Reichsregierung in der Frage der Vermehrung der Ratsitze darlegte.

Den Besuch des deutschen Botschafters kann um so größere Bedeutung beigegeben werden, als der polnische Außenminister Strzymski in Paris eingetroffen ist und sofort von Briand empfangen wurde. In polnischen Kreisen wird erwartet, daß Graf Strzymski sich der Mühe eines Ausweges nach Genf über Paris unterzog, da er beabsichtige, den französischen Ministerpräsidenten vor der am Sonntag in Genf stattfindenden Konferenz über die Ansprüche Polens auf einen ständigen Sitz im Völkerbundrat erneut aufzuführen.

Die öffentliche Aufmerksamkeit konzentriert sich ferner auf die Besprechungen Nintchitsch mit Briand. Beide Außenminister haben durch ihre gemeinsame Reise nach Genf Gelegenheit, ihre Aussprache bis zum letzten Augenblick fortzusetzen. Die französischen Blätter begründen die Unterredung Briands mit Nintschitsch mit dem Hinweis auf die bevorstehende Tagung in Genf. Es versteht sich inzwischen von selbst, daß auch andere Fragen, darunter hauptsächlich die Annäherung zwischen Italien und Jugoslawien Gegenstand der Aussprache bildeten. Es wird behauptet, daß die Erklärung des jugoslawischen Außenministers, nach der die italienisch-jugoslawische Zusammenarbeit vornehmlich auf die Unterbindung eines österreichischen Anschlusses an Deutschland abziele, die Zustimmung der französischen Regierung gefunden habe.

Die Steuererleichterungen vom Reichswirtschaftsrat angenommen.

Auch die direkten Steuern sollen herabgesetzt werden.

Berlin. Der finanzpolitische Ausschuss des vorläufigen Reichswirtschaftsrates behandelte in seinen letzten Sitzungen den Gesetzentwurf über Steuermildnerungen zur Erleichterung der Wirtschaftslage.

Reichsfinanzminister Dr. Reinhold begründete im einzelnen die Vorlage und betonte, es sei die feste Absicht der Regierung, eine Form zu finden, um die Steuerlast der Steuerkraft der Wirtschaft und der Bevölkerung wieder anzupassen. Nur größte Sparbarkeit in der Verwaltung des Reiches, der Länder und Gemeinden könne dazu führen.

Nach eingehender Debatte stimmte der Reichswirtschaftsrat den einzelnen Artikeln der Finanzvorlage zu. Er nahm ferner eine Entschiedenheit an, in der die Auffassung ausgedrückt wird, daß die Grundrichtung des Gesetzes über Steuermildnerungen, zunächst mit dem Abbau der Einnahmen vorzugehen, zur notwendigen Forderung und Folgerung führe, daß die Reichsregierung unverzüglich an den Abbau der Ausgaben, insbesondere durch die Einführung der Verwaltungsreform, herantrete. Bei der künftigen Minderung der Steuern müßte unter Wahrung der steuerlichen Gerechtigkeit auch die direkten Steuern und die Realsteuern gemildert werden. Es werde insbesondere angestrebt sein, den Tarif der Einkommen- und Lohnsteuern so zu gestalten, daß die Bildung neuen Sparkapitals erleichtert werde.

Die Wirtschaft zu den Steuermildnerungen.

Berlin. Der Centralverband des Deutschen Bank- und Bankiergewerbes, der Deutsche Industrie- und Handelstag, die Hauptgemeinschaft des Deutschen Einzelhandels, der

